

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

292 (18.12.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-88120](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-88120)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochensatzung, Dammer Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.90 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.58 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probeabonnenten acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 2 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Anzeigen 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

(Das Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft wird während der Kriegszeit nicht besorgt.)

Nr. 292 | Redaktions- und Geschäftsstelle Nr. 5, Postfach 1000 | Hammoor 1908. | Samstag, 18. Dezember 1918. | Zweiggeschäftsstelle i. Oldenburg: W. Barmann, Achterstraße 51, Hammoor. | 85. Jahrgang

Das neue Deutschland.

Von der Reichskonferenz des A.-S.-R.

Nach Festlegung der Tagesordnung wird ein Antrag Liebknecht und Rosa Luxemburg, als beratende Gäste zum Kongress zuzulassen, abgelehnt. Es folgt der Bericht des Vollzugsrates Richard Müller. Er war schwer für den Vollzugsrat, sich durchzusetzen. Es wurde ihm vorgeworfen, die Berliner wollten das ganze Reich beherrschen. Das ist ebenso eine Verleumdung, wie die Behauptung, der Vollzugsrat vererbe das Reichsgeld. Der Vollzugsrat hat der gegnerischen Pressefreiheit gegenüber eine wahre Kammergesangsweise geübt. Es ist klar, daß der Vollzugsrat ein Provisorium ist, das alsbald durch ein endgültiges zu ersetzen ist.

Ein Vertreter einer vor dem Hause demonstrierenden Volksmenge trägt dem Kongress die Forderungen der Arbeiterklasse vor. Raus 25 000 Arbeiter fordern die einheitliche sozialistische Republik. Die ganze Macht den A. und S. Räten, der Vollzugsrat des Zentralrates soll das höchste Organ der Gesetzgebung und der Exekutive sein, die die Reichsbehörden zu ersetzen und zu ernennen hat. Die Masse fordert die Befreiung der Volksbeauftragten Ernst Thälmer, (Großer Arm und Aufre: Das nennen Sie Freiheit?). Keine energische Durchsetzung aller Einrichtungen zum Schutze der Revolution, Entlassung der Gegenrevolution, Bildung einer roten Garde (Großer Arm), Aufzorderung an das Volkproletariat zur Schaffung einer sozialistischen Welt-Republik. (Zuruf: Berlin ist nicht Deutschland!) (Zuruf: Die anwesenden Offiziere protestieren — Raus mit den Offizieren!)

Vorsitzender Liebknecht: Der Kongress hat die Forderungen zur Kenntnis genommen und wird in seinen Verhandlungen darüber entscheiden. Richard Müller (fortgesetzt): Bei dem guten Willen des Vollzugsrates ist nicht zu zweifeln. Wenn die Verhältnisse härter wären als wir, so lag das an den Dingen, die aber unsere Kraft gingen. Fehler sind uns natürlich unterlaufen. Wir haben so ipso facto gewirkt, wie es nur möglich war. Ich soll an dem Blutbad in der Chausseestraße schuldig sein, ebenso an der Verhaftung der Schinesen. Kein Wort davon ist wahr. Ich soll 80 000 Mark Vorwurf genommen haben. Das ist nicht wahr. Ich habe keinen Pfennig liquidiert. Hinter dieser Verleumdung liegt sicher wieder Collin Roß.

Darauf wird die Fortsetzung des Referats auf 3.15 Uhr vertagt. Schluß der Vormittagssitzung 3.10 Uhr.

Es folgt der Bericht des Volksbeauftragten Dittmann: Deutschland ist Republik. Seine Regierung ist sozialistisch. Arbeiter und Arbeiter haben das Wort vollenbracht. In ihren Händen liegt jetzt die politische Macht. Die Bewegung ist eine Frucht der sozialistischen Schulung. Die Volksbeauftragten sind die Vollträger des Volkswillens. Keine deutsche Regierung ist so fest im Volk verankert gewesen wie die jetztige. Das Entlassungsrecht soll für alle gleichmäßig. Mit der Prüfung der Akten des Auswärtigen Amtes sind Raustys und Quast beschäftigt. Akten sind nicht verbrannt. Raustys hat nur gefunden, was er selbst erwartet hatte. Die Regierung hat eine Sozialforschungskommission eingesetzt und arbeitet Steuerreformen aus, um die Kriegseinkommen restlos zu besteuern und das ganze Steuerregime im sozialistischen Sinne zu reformieren. Die Konstituante ist dadurch distriktiert worden, daß die ganze Reaktion nach ihr geschrien hat. Wir wünschen die Wahlen so schnell wie möglich. Schwierigkeiten ergeben sich nur daraus, daß die Kriegesgefangenen und die Bevölkerung im besetzten Gebiet auch an den Wahlen teilnehmen sollen. Der Wahlkampf wird unter dem Zeichen stehen: Hier Sozialismus, hier Kapitalismus.

Nachmittagsitzung der A.S.R.

Nach Wiederaufnahme der Beratung um 3.20 Uhr setzte Richard Müller den Bericht des Vollzugsrates fort. Die gegen den Vollzugsrat erhobenen Beschuldigungen sind haltlos. Die Gefährdung von den 800 Millionen ist schwindelnd. Es handelt sich um 500 000 M. Das Verhältnis des Rates der Volksbeauftragten und des Vollzugsrates, wie es sich jetzt gestaltet hat, ist unerträglich. Die Befreiung der Gefangen mußte von uns gefordert werden. Wir verlangen, daß es 25 000 000 an den Friedensverhandlungen nicht teilnehmen. In der Frage der Befreiung der Kriegsgefangenen der Offiziere ist man uns auch entgegengekommen. Es sind diese politisch unerfahrenen Leute. Diejenigen, die uns Verleumdungen vorwerfen, haben das wenigste Recht dazu; sie haben Milliar-

den auf Milliarden geopfert zur Abschaffung der Menschheit. Sollen die A.S.R. dann fallen die letzten Errungenschaften der Revolution. Möge es gelingen, diese Errungenschaften zu sichern und weiter auszubauen. (Beifall bei einem großen Teil der Versammlung.)

Man nuz erlaubt den Kassenbericht und hebt hervor, daß die Ausgaben zum größten Teile den Soldatenmitgliedern des Vollzugsrates, wie Collin Roß und Bergmann, zuguschrieben seien.

Vorsitzender Liebknecht teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, der die erneute Einladung der Delegierten zum Kongress fordert.

Ergebnis: Der Vollzugsrat steht den Sozialdemokraten in der Provinz bis an den Hals. Wir weisen entriktet die Zumutung des Vollzugsrates zurück, daß wir hier bis zum 25. sitzen und täglich 50 M. Diäten einfordern sollen. Die durch die parlamentarische Hege im Ruhrgebiet ausgebrochenen schweren Streiks sind eine große Gefahr für die Bevölkerung. Die Regierung muß Kommissare in die großen industriellen Verbände schicken.

Ein Antrag verlangt die sofortige Entlassung der Gegenrevolution, ein anderer Antrag die notwendige Abstimmung über die Zulassung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts mit beratender Stimme. Einemander widerspricht dem Antrag. Der Antrag wird mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. — Räum bei der Minderheit. Verklärte neue Schmährufe gegen die Mehrheit von den Tribünen. Die Minderheit verlangt die Gegenprobe, die wiederum die Ablehnung des Antrages ergibt. Die Minderheit im Saal und auf den Tribünen stoßen fürchterliche, lang andauernde Pfeifrufe aus.

Bederrötenheim: Wir in Bayern bilden sofort nach Berlin, weil wir fürchten, es wird hier wie in Rußland. Unsere Bauern wollen keine Lebensmittel mehr liefern, wenn nicht bald die Ruhe wiederhergestellt wird. Die Regierung muß dafür sorgen, daß die Berliner Arbeiter und die Arbeit in ein Standgericht gestellt werden. Sie sollen nicht erhängt oder erschossen, sondern in einen Zwinger gesperrt und vier Jahre lang mit Stockhieben gequält werden, wie es unser Volk auch erdulden mußte.

Um 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 9 Uhr vertagt.

Nicht 800, sondern 1800 Mill.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamt Schiffer hat bereits in seinem öffentlichen Vortrage mitgeteilt, daß nicht nur 800 Millionen, sondern über eine Milliarde an barem Geld und Vermögenswerten des Reichs durch planlose und sinnwidrige Anordnungen der einzelnen Arbeiterräte vergründet worden sind. Wie hierzu in unterrichteten Kreisen noch berichtet wird, ist auch diese Schätzung zu niedrig gegriffen. Es sind bisher auf Anforderung der verschiedenen „Räte“ und sonstigen Körperschaften rund 1800 Millionen ausgezahlt worden, ohne daß hierfür in jedem Falle ordnungsmäßige Belege gegeben worden sind. In allen einschlägigen Arbeiterklassen wird diese Mißwirtschaft und Verwundung der öffentlichen Gelder eingehend verurteilt.

Der Vortragende Rat des Reichskriegsministeriums.

Der Lehrer Gustav Menzel wurde zum Geheimen Regierungsrat und Vortragenden Rat im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ernannt. Dieser Vortragende Rat Adolf Hoffmanns verbandt seine Ernennung selbstverständlich nur dem Umstande, daß er mit ihm durch Didaktik und Pädagogik, Angelegenheiten seiner eigenen geistigen Bedeutung glaubt der „Kultusminister“, den der Vorwärts jüngst anlässlich der Reichskriegsministerkonferenz als nicht mehr ganz normal bezeichnete, auf besondere wissenschaftliche Fähigkeiten bei seinen pädagogischen Stützen verzeichnen zu können.

Kulturträger von heute.

In Braunschweig hat der Minister für Kultus und Unterricht sein Amt niedergelegt und ist nach längerer Zeit im Schloß jetzt von der Regierung, die ganz in den Händen der Unabhängigen liegt, freigesetzt. Als „Vollkommissar für Volksschulung“ wackelt, wie die Kreuzzeitung in Ergänzung unserer früheren Mitteilungen berichtet, eine Frau herein, die die unteren Klassen der Volksschule bis zur 3. Klasse besucht hat, die sie im 14. Lebensjahre erreichte, und daß sie mit Fleißarbeiten in einem größeren Saalbau und mit Setzungsarbeiten beschäftigt war. Sie hält täglich Sprechstunden im Ministerium und hat bereits die Oberprüfungscommission, den Vertreter der technischer

Hochschule und die Präsidenten des Konfitoriums empfangen.

Zur Vorgeschichte der Revolution.

Magdeburg, 14. Dez. In einer Versammlung der A.S.R. teilte das U. S.-Exekutivmitglied Vater mit: Uns ist diese Revolution nicht übergegangen gekommen. Seit dem 25. Januar ds. Js. haben wir den Anknüpfungspunkt planmäßig betrieben. Die Arbeit war schwierig und gefährlich, wir haben sie mit vielen Jahren Suchens und Gefängnis bezahlet. Die Partei hatte eingesehen, daß die große Streiks nicht zur Revolution führen. Es mußten daher andere Wege beschritten werden. Die Arbeit hat gelohnt. Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Furchtsucht herangezogen. Die Furchtsuchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und mit unerschöpflichen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulassen, und so hat sich der Zerfall allmählich aber sicher vollzogen.

Niedliche Auffassungen von Pressefreiheit.

treten in der Tagung des hannoverschen Landesparlamentes zu tage. Erich Wühlfam, der bekannte „Gesandter“, übernimmt die Verantwortung für die Aufgabe auf die Münchener Zeitungen und erklärt, er werde sie gegebenenfalls niederschlagen. Die „Hauptführer der Bewegung“, will die „Hauptführer der Bewegung“ und der bürgerlichen Presse vor ein Tribunal gestellt wissen. (Ab Wühlfam bezeichnet als bestes Mittel zur Mandatmachung der Presse die Zerkümmung der Maschinen.)

Die Ziele des Spartakusbundes.

Der Spartakusbund veröffentlicht jetzt in der roten Fahne in programmatische Form seine Ziele. Danach erstrebt er u. a. als sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Revolution:

- 1) Entlassung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten. Entlassung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.
- 2) Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsvorräte sowie Rüstungsanstalten durch A.S.R.
- 3) Beweissung der gesamten erwerbsfähigen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz. Bildung einer roten Garde aus Proletariaten.
- 4) Aufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und Unteroffiziere. Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften unter jetzigem Rückberufungsrecht.
- 5) Entfernung der Offiziere und der Kapitulanen aus allen Soldatenrängen.
- 6) Erziehung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der A.S.R.

Dann folgen: Abschaffung aller Parlamente und Gemeinderäte, Wahl eines Zentralrates der A.S.R., die einerseits den Vollzugsrat zu wählen und ständig zu kontrollieren hat. Als nächste wirtschaftliche Forderungen werden bezeichnet: Auflösung der Staats- und anderer öffentlicher Schulden sowie sämtlicher Kriegsanleihen, angenommenen Zeichnungen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat der A.S.R. festzusetzen ist; Enteignung des Grund- und Bodenbesitzes aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie anderer Großbetriebe in Industrie und Handel; Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat festzusetzen ist.

Man sieht, es ist die reine Herbe, die in diesem Programm unsern armen deutschen Volk zugemutet wird. Sie könnte nur durchgeführt werden unter Blut und Schreden. Trotzdem aber hat der Spartakusbund die Stirn, zu behaupten, die proletarische Revolution bedürfe für ihre Ziele keines Terrors, sie habe und verabscheue den Menschenmord. In Wirklichkeit ist der Spartakusbund der Terror, die Durchführung seines Programms würde den Menschenmord unweigerlich zum Gefolge haben.

Dem Abgrund entgegen.

Berlin, 15. Dez. Der Berl. Pol. R. wird über die durch die sinnlosen Lohnforderungen heraufbeschworene Gefahr eines unmittelbaren Zusammenbruchs unserer gesamten Industrie und Finanzwirtschaft von zuständiger amtlicher Stelle geschrieben: Bei den gegenwärtigen Lohnforderungen, denen fast keine produktive Arbeit mehr gegenübersteht, muß es in ganz kurzer Zeit, in längstens drei Monaten, zum Zusammenbruch der

leistungsfähigsten Industrien und damit zum Zusammenbruch der Banken und der gesamten Finanzbasis des Reiches kommen.

WTB Berlin, 16. Dez. Der Vorwärts meldet: Anfolge der drückenden Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, der eine weitgehende Lieferung unseres rollenden Materials vorseht, macht sich eine erhebliche Einchränkung des Bahnverkehrs, ähnlich wie zu Beginn des Krieges notwendig. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Personenverkehr überhaupt auf einige Zeit eingestellt wird.

A.S.R. als Grund zur Besetzung der neutralen Zone.

Berlin, 16. Dez. Die Daily Mail meldet, hat die englische Regierung die Bildung von A.S.R. in der neutralen Zone als Grund zur Besetzung dieser Gebiete angesehen. Die Anarchie des deutschen Volksempirismus müsse von der Entente zurückgehalten werden.

Berliner Fronttruppen erkennen die neue Staatsform vorläufig nicht an.

Berlin, 16. Dez. Die Gardebrigade und eine größere Anzahl der eingedrungenen Truppenformationen haben nach Erklärung ihrer Soldatenrate an die Reichsregierung sich geweigert, ein Treuegelübde auf die neue Staatsform abzulegen, solange nicht die Entscheidung der Nationalversammlung vorliegt.

Erklärungen Haases über die Lage.

Berlin, 16. Dez. Die Freiheit veröffentlicht Erklärungen des Volksbeauftragten Haase, die dieser ausländischen Pressevertretern gegeben hat. Die industrielle Entwicklung Deutschlands, die Massen der Arbeiter und die politische und gesellschaftliche Schulung der Arbeiterklasse seien die Vorbedingungen für eine sozialistische Republik. Jedemfalls sei anzunehmen, daß die rührige, politisch aufgeklärte Arbeiterklasse dann die größten Kraftanstrengungen machen würde, um die Köpfe aufzuklären und dadurch für die sozialistischen Ideen die Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen. Haase erklärte es mit allem Nachdruck für ausgeschlossen, daß etwa die Nationalversammlung gewaltsam aus dem Lande getrieben würde, falls die bürgerlichen Parteien die Mehrheit erhielten. Es bestände keine Aussicht für die Möglichkeit einer gemeinsamen Regierung von U. S. und Spartakusleuten. Ohne den Einfluß der Lage Deutschlands zu verkennen, habe er doch die Zuversicht, daß die Regierung der Schwierigkeiten Herr werden würde.

Fronttruppen sehen den A.S.R. Neudöln ab.

Berlin, 16. Dez. Die Sitzung des A.S.R., die heute nachmittag im Sitzungssaal des Reichsbüroauswartungsamt stattfand, mußte plötzlich abgebrochen werden, weil Nachrichten eingelaufen waren, daß die 6er um 5 Uhr die Sitzung gewaltsam aufheben würden. Gleichzeitig liefen Nachrichten ein, daß das Arbeiterkorps bereits von Truppen besetzt ist. Anfolgedessen begab sich die Versammlung dorthin, um die Besetzung aufzuheben. Wie der Abend von einem Augenzeugen erfahren hat, ist die Besetzung des Reichsbüros und die Aufhebung des A.S.R. in Neudöln vollkommene Tatsache. Berliner Soldatenwehr und Fronttruppen haben das Reichsbüro und Neudöln, das Polizeipräsidium und alle übrigen städtischen Gebäude besetzt. Es sind große Truppenmengen zumangekommen und Gegenmaßnahmen völlig ausgeschlossen.

Auflösung der A.S.R. in Wiesbaden.

TU Berlin, 16. Dez. Auch in Wiesbaden ist auf Veranlassung des Verbandes der A.S.R. aufgelöst. Das ist ein weiterer Beweis für die durch die jüngste Erklärung des Reichsbüros hoch zweifelhaft gestellte Tatsache, daß der Verband der A.S.R. grundmäßig nicht funktioniert.

Kein Zusammentritt des Reichstages.

WTB Berlin, 16. Dez. Der Präsident des Reichstages, Fehrenbach, teilt den Reichstagsabg. mit, daß nach der Verlängerung des Waffenstillstandes und Ausräumung der Vorbesprechungen zunächst ein Bedürfnis für den Zusammentritt des Reichstages nicht besteht.

Zum Waffenstillstand.

In einem Vorort Kölns sind farbige Truppen angekommen. Der Befehl Wilsons beim Papst soll am 23. Dezember, morgens, stattfinden.

Rückfahrt beschlagener englischer Dampfer.

WTB Hamburg, 16. Dez. 15 englische Frachtdampfer, die bei Kriegsausbruch in deutschen Gewässern beschlagnahmt wurden, sind freigegeben worden und sollen mit deutscher Besatzung mit größter Beschleunigung die Reise nach England antreten. Zwei Dampfer sind am Montag abends ebenfalls gegangen, die anderen werden am Dienstag folgen. Ein weiterer Transport wird noch diese Woche fahrtbereit gemacht.

England.

Eine Unabhängigkeitsbewegung in Südafrika.

WTB Rotterdam, 16. Dez. (Draht.) Nach dem A. A. G. meldet die Times aus Kapstadt vom 10. Dezember: Die Nationalisten geben öffentlich bekannt, daß am 16. Dezember in Bloemfontein ein Kongreß zusammenzutreten wird, um eine Abordnung nach England zu schicken, die auf dem Freiheitskongreß für die Unabhängigkeit von Kapstadt, Transvaal, Natal und Orange-Freistaat eintreten sollen. Die Kosten, die auf 10 000 Pfund Sterling geschätzt werden, sollen durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden.

Sowjet-Republik.

Die Entente und die Bolschewiki.

Schöpslin, 14. Dez. Der aus Russland zurückgekehrte sowjetische Marineattaché Kapitän Elliot erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter von Schöpslins' Blättern, daß die Bolschewiki in letzter Zeit die Frage einer Rekapitulation der gesamten Sowjetmacht ernstlich in Erwägung gezogen hätten. Dafür seien Lenin und Kameneff eingetreten, während Trotski, Radek, Tschichserin für Wertschaltung der Gewalt stimmten. Bei der allgemeinen Abstimmung siegte letztgenannte Partei mit 12 Stimmen Mehrheit. Petersburg sei seit 14 Tagen von jeglicher Lebensmittelfuhr abgeschnitten. Wahrscheinlich, weil man damit rechne, daß die Stadt demnächst den Engländern in die Hände fallen könnte.

Paris, 14. Dez. Die Morning Post meldet aus Petersburg: Die allgemeine Mobilisierung ist von den Sowjetministern angeordnet. Außerordentliche Forderungen der Wehrfähigen Russen zwischen 20 und 35 Jahren, um den Verbändeinsatz abzuwehren.

Polen.

Abbruch der Beziehungen mit Deutschland.

WTB. Warschau, 16. Dez. Die „Polski Telegramm“ meldet: Heute 10.20 Uhr vorm. überreichte der Vorstand der polnischen Abteilung des Ministeriums des Äußeren Dr. Pawl Naber, in Begleitung des Rezenten für deutsche Angelegenheiten, Kajetan Morawski im Namen der polnischen Regierung dem Grafen Kessler eine Note, in welcher unter Hinweis auf die Zustände im Ober-Ost-Gebiet, wo die deutschen Behörden den polnischen Staatsinteressen zuwiderlaufende Handlungen begingen, und gemeinsam mit den Bolschewiki vorgingen, die polnische Regierung die Unterbrechung ausdrückt, daß weitere Verhandlungen mit der deutschen Regierung zwecklos, ja sogar für die innere Ordnung Polens sowie für die künftigen gegenseitigen Beziehungen schädlich wären. Aus diesem Grunde sehe sich die polnische Regierung genötigt, die diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Republik abzubrechen, und erlaube den deutschen Vertreter, unverzüglich mit dem gesamten Personal der Gesandtschaft die Republik Polen zu verlassen. Graf Kessler erklärte, er werde in der nächsten Sitzung die Grenzen des Staates verlassen.

Berschiedene Nachrichten

Die Ereignisse vor der Abreise des Kaisers nach Holland.

Berlin, 15. Dez. Ein Bericht des Gewächsmannes des Neuen Holländischen Tagesdienstes, der bis zum 3. Dezember in persönlicher Beziehung zum Kaiser stand, schildert die Vorgänge bei der Abreise des Kaisers im Großen Hauptquartier. Die Aufstellung des Kaisers über einen Scherenschnitt kam am 8. November folgendermaßen zum Ausdruck: „Ich denke nicht daran, abzutreten. Von jedem Offizier verlange ich, daß er treu ausbleibe auf seinem Posten. Als oberster Kriegsherr muß ich treu aushalten, weil ich nur dadurch meinem Volk dienen kann. Denn ich sehe den trübseligen Bolschewismus über Deutschland hereinbrechen, wenn ich gehe. Und da muß eine starke Hand sein, um Deutschland vor diesem Geheul zu retten. Und darum bleibe ich. Auch habe ich gern mit der neuen Regierung, mehrere Herren, mit denen ich gesprochen habe, sind mir sehr sympathisch in der Mitarbeit.“ Das Urteil der Stabs-offiziere der Armee, das Hindenburg am 9. Nov. dem Kaiser überbrachte, lautet einstimmig: „Wenn der Feind sind die Franzosen sicher, gegen die Kameraden wird wohl niemand kämpfen.“ Auf telephonisches Drängen wurde die Antwort nach Berlin gegeben, der Kaiser dankte ab als Kaiser von Deutschland, nicht aber als König von Preußen. Darauf kam die telephonische Nachricht zurück: Es ist zu spät; wir haben die Abreise bereits veröffentlicht. Abends lauten die Herren

der nächsten Umgebung dem Kaiser nahe, nach Holland zu gehen. Der Kaiser wollte nicht. Erst um 10 Uhr abends entschloß er sich auf Drängen von Linke zu dem folgenden Bescheid: „Als ausschlaggebend für die Entscheidung des Kaisers werden folgende Erwägungen mitgeteilt: Die Entente betont immer wieder, mit dem Kaiser keinen Frieden schließen zu wollen, um also dem Volke den Frieden zu erleichtern, gehe ich nach Holland. Würde ich nach Deutschland gehen, so läge die Annahme nahe, ich suche eine neue Partei, um mit deren Hilfe einen Putsch zu unternehmen.“ Der Kaiser hatte die Empfindung, daß die Armeelieferanten verlassen habe, und suchte sich frei von Verpflichtungen, für sein Reich politische Entscheidungen zu treffen, da die Regierung aus eigener Machtvollkommenheit seine Abreise veröffentlicht habe. Fünf Uhr morgens fand die Abreise nach Holland statt.

Das Gelübde des französischen Generals de Castellau.

Bekanntlich wurde letzten Sonntag in Frankreich der große Sieg der Alliierten feierlich gefeiert. Nancy leitete sein Fest. Schon im feierlichen Gottesdienste am Vormittag war General de Castellau die Hauptpersonlichkeit. Am Nachmittag galt es die durch bischöfliche Verordnung angeordnete Dankgottesdienst abzuhalten. In lauten Zügen strömten die Nanciger nach dem beliebtesten Wallfahrtsort. Gegen 2.30 Uhr erschien plötzlich auch General de Castellau. Er trat vor bis zur Kommunionbank, wo er in großer Andacht verankert den lieben Gottesmutter inbrünstig dankte für den herrlichen Gelingen.

Zu gleicher Zeit erfüllte der ruhmvolle Feldherr, der erlauchte Vater von Nancy, ein Gelübde, das er am 12. Sept. 1914 gemacht: er ließ auf dem Herz-Jesu-Altar ein marmorernes Geopolis legen, das die Worte trägt:

A Notre-Dame de Bon-Secours
Eternelle gratitude.
Nisi Dominus custodierit civitates,
frustra vigilat qui custodit eam.
General de Castellau
12. Sept. 1914.

Kleine Nachrichten.

Die Kriegsgemeinschaftler, wie sie verlaute, bereits vor der zu erwartenden Steuerreform auf dem Verordnungswege eingeführt werden.

Bei den Wahlen in Anhalt wurden gewählt 22 Sozialisten, 12 Liberale, Demokraten und 2 Konservative, in Mecklenburg-Schlegel 22 Sozialisten, 16 Liberale, 3 Handwerker und 1 Bauernbündler.

In der neutralen Zone bleiben die deutschen Garnisonen und Militärbehörden.

In Straßburg wurde die französische Sprache als Amtssprache eingeführt.

Die deutsche Hochseefischerei wird bedingt freigegeben, sobald das Regime von der Ära aufgenommen wurde.

Holland soll nach einer „Telegraf“-Meldung Kaiser Wilhelm vergeblich aufgefordert haben, Holland zu verlassen.

Die künftige deutsche Schiffsahrt wurde freigegeben.

Generalfeldmarschall Radetzky soll von der ungarischen Regierung interniert worden sein.

Die beim 9. Armeekorps beschäftigten Offiziere haben infolge eines Beschlusses des Hamburger Soldatenrats ihre Arbeit eingestellt.

In Bulgarien und Rumänien soll es nach ungarischen Nachrichten zu revolutionären Bewegungen gekommen sein.

Ein polnischer Einfall in Schlesien ist nach der Woi. Zit. zu erwarten.

Deutsches Reich.

Der Religionsunterricht in den Dresdener Volksschulen.

TL. Dresden, 14. Dez. Nach einer Verordnung des Kultusministeriums ist von Reichstag 1919 ab der Unterricht in biblischer Geschichte auf der Unterstufe in allen Volksschulen auf 2 Stunden einzuschränken, und der Katechismusunterricht ganz einzustellen.

Politik und Geschichte der Zentrumsparlei.

Zu spät, aber zugleich noch zeitig genug überreicht der bekannte und verdiente Zentrumsführer, Geheimrat Dr. Carl Baedem, der Öffentlichkeit und insbesondere den Angehörigen der Zentrumsparlei ein Buch über die Politik und Geschichte der Zentrumsparlei (Verlag S. P. Baedem, Köln). Zu spät, weil in den letzten Wahlen in unserem lieben Vaterlande sich Unmüdigkeiten vollzogen haben, auf die Geheimrat Baedem bei der Niederschrift seiner Darlegungen noch nicht Bedacht nehmen konnte; zugleich aber auch noch zeitig genug, weil ungeachtet der grundführenden Verrückungen die wir letzten erlebt haben, in Baedems Schrift Mitgefühl geboten wird, wie es uns bislang für den bevorstehenden schweren Wahlkampf noch nirgends geschieht. Der Zentrumssturm ist weder durch die Schrecken des Krieges noch die Wirren der Revolution in seinen Grundfesten er-

schüttert worden, und die Zentrumsparlei tritt ohne Preisgabe eines ihrer Grundzüge und ohne mit ihrer Vergangenheit brechen zu müssen, in die neue Zeit ein. Keine bessere Apologie und keine nachdrücklichere Empfehlung gibt es darum für die Zentrumsparlei, als ihre eigene Geschichte und die von ihr verfolgte Politik. Es war gewiss nicht alles einwandfrei, klug und gut, was sich in den vergangenen Jahrzehnten als Politik des Zentrums gegeben hat, aber keine andere Partei kann mit solcher Ruhe und Befriedigung ihre eigene Geschichte durchgehen, wie das Zentrum und keine Partei mag darum auch die letzten Hergänge Rechnung über ihr Wirken und Wollen in der Vergangenheit ablegen, wie es das Zentrum kann und tut. Daß die Baedem'sche Schrift, die gleichsam als Kommentar zu den Richtlinien für die Parteiarbeit vom 30. Juni 1918 gedacht ist, gerade vor Ausbruch der Revolution ihren Abdruck gefunden hat, gereicht ihr im gewissen Sinne zum Vorteil, da so der Verfasser nicht in die Verlegenheit geriet, Vergangenes unter den Erfahrungen und Einbrüchen der Revolution zu revidieren, zugleich aber die Schrift selbst nicht durch die Wirre und Verwirrung der gegenwärtigen Zeiterhältnisse belastet ist. In seinem Vorwort betonte Geheimrat Baedem selbst, daß durch die Revolution manches, was er geschrieben hat, überholt ist und nicht mehr zeitgemäß klingt. Aber der Geist und die Willensrichtung, die Baedem's Buch bestimmen und beleben, sind durchaus zeitgemäß, und werden nie überholt werden, solange ein deutsches Zentrum gibt. Für jeden in der Partei Tätigen ist das Buch Geheimrat Baedem's unentbehrlich, denn es ist ein Kompendium alles dessen, was aus der Geschichte und der Politik der Zentrumsparlei gewußt werden muß. Aber auch für jeden Anhänger der Partei ist es eine willkommene Gabe, denn sein Inhalt ist für unsere Partei ein Ehrenkleid.

Die „Pressefreiheit“ im neuen Deutschland.

Wie es froh aller Regierungsversuche und väterlichen Ermahnungen der „Volksbeauftragten“ mit der Pressefreiheit befreit ist, zeigt wiederum ein Beispiel, von dem uns Mitteilung gemacht wird. Die Eichenburger Provinzial-Zeitung in Dieburg (Hessen), ein Zentrumsblatt, wurde zumachen. Die Anzeige einer sozialdemokratischen Versammlung aufzunehmen. Der Verlag verweigerte die Aufnahme nicht zum wenigsten deshalb, weil darin sozialistisch-revolutionäre Reklame gemacht wurde. Er mußte sich aber fügen, weil ihm durch das Kreisamt mitgeteilt wurde, daß der Staatsminister Ulrich die Veröffentlichung der Versammlungsanzeige verweigert und für den Verleger ein Verhaftungsbefehl ausgestellt worden sei. So sieht es nach wie vor mit der Pressefreiheit in der „sozialistischen Republik“ aus!

Die künftige deutsche Wirtschaftspolitik.

WTB. Berlin, 17. Dez. (Draht.) In der heutigen Rundgebung zur Förderung eines deutschen Wirtschaftskongresses, die von außerordentlich zahlreichen Interessenten aus Handel und Industrie von Berlin und auch von anderswärts besucht war, sprachen nach einlaufenden Berichten des Generaldirektors Burmann-Berlin Landrat von Kardorf von Wissa, für die Regierung Staatssekretär Schiffer-Reschke, Staatsrat Dr. Buttner-Reichswirtschaftsamt und der Staatssekretär Dohmhoff-preussisches Handelsministerium. Diese Herren betannten sich in längeren Darlegungen einmütig zu den Leitsätzen des deutschen Wirtschaftszweiges, die darin gipfelten, die noch schwandenden Kräfte im Handel und Industrie-Gewerbe und Landwirtschaft, Arbeiter und Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf parteipolitische Meinungen auf einer neutralen Plattform zusammen zu fassen.

Die Gloden zurück an die Kirchen.

Vor einigen Tagen wurden die beschlagnahmten Meßkleide teilweise freigegeben. Wir erinnern die Regierung an das feierzeit gegebene Versprechen, daß den Gemeinden die beschlagnahmten Gloden zurückgegeben werden, soweit sie noch vorhanden sind. Sie sind noch zum großen Teil vorhanden. Unter allen Umständen muß verhütet werden, daß mit den Gloden Handel getrieben und Geschäfte gemacht werden.

Das Schreckenstünd für die Regierung.

Berlin, 14. Dez. Amstich. Zeitungsnachrichten zufolge soll das Mitglied des Kabinetts, Herr Adolph Hoffmann, in einer öffentlichen Versammlung am Sonntag, dem 8. d. Mis. geäußert haben: „Wenn die Wahlen zur Nationalversammlung nicht eine sozialistische Mehrheit ergeben, würde die konstituierende Nationalversammlung, ebenso wie in Russland, mit Waffengewalt auseinandergetrieben werden.“

Die Preussische Regierung ist infolge Erkrankung des Herrn Adolph Hoffmann nicht in der Lage, festzustellen, ob diese Äußerung gefallen ist. Sollte sich Herr Adolph Hoffmann in diesem oder einem ähnlichen Sinne geäußert haben, so erklärt die Regierung demgegenüber, daß sie auf dem Boden der Demokratie steht und den durch das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes respektieren wird.

Das Wahlrecht für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung.

Das Generalsekretariat der Deutschen Zentrumsparlei teilt mit: Wir machen unsere Parteimitglieder aufmerksam auf die Broschüre: „Das Wahlrecht für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung.“ Sie erscheint dieser Tage im amtlichen Auftrage im Verlage von Heimar Hobbing, Berlin, Verfasser

ist der Geh. Oberregierungsrat und Vorkandidat im Reichsamt des Innern Dr. Alfred Schulte, der seit fast einem Jahrzehnt die Wahlrechtsangelegenheiten des deutschen Reichstages bearbeitet und beim Erlaß der neuen Wahlvorschriften mitgewirkt hat. Die Wahlen zur Nationalversammlung müssen so ordnungsmäßig als möglich verlaufen. Das liegt im Interesse der Allgemeinheit wie jedes einzelner Wählers. Hierzu ist vor allem die genaue Kenntnis des Wahlrechts erforderlich. Sie kann in kürzester Zeit durch die vorgenannte Schrift erworben werden. Die Broschüre ist klar und faßlich gehalten und ist für jeden Wähler, Mann und Frau, ein vortrefflicher Wegweiser. Der Preis der einzelnen Broschüre beträgt Mt. 3.40 bei portofreier Zustellung, und kann bei der Geschäftsstelle unseres Blattes bestellt werden.

Zur Wahlbewegung in Oldenburg.

Der Bürgerverein Delmenhorst wird sich allem Anschein nach der Deutschen Volkspartei (frühere Nationalliberale) anschließen und nicht, wie in der Versammlung der Freimüßigen am 10. Dezember erklärt wurde, der deutsch-demokratischen Partei. Der englische Beschluß wird in einer am 18. Dezember stattfindenden Versammlung gefaßt werden.

Eine Zentrums-Frauenversammlung in Wilhelmshaven-Rüstringen

Am Sonntag nachmittag im Saale des hiesigen Hofes fand eine solche Frauen- und Jungfrauenvereinigung heute, und dankte den zahlreich Erschienenen für das rege Interesse, welches ihm eine sichere Gewähr gebe, daß auch die Frauenwelt den Ernst der Zeit erfährt habe.

Nach kurzer Einleitung über die Ziele der heutigen Versammlung wurde dem hochw. Herrn Vikar Ruse das Wort erteilt zu einem Vortrag über das Thema: Die Frau muß hinaus ins öffentliche Leben. Redner wies in kernigen Worten auf die Kriegsarbeit des weiblichen Geschlechts der letzten Jahre hin. In allen Gebieten des werktätigen Lebens habe die Frau, die Jungfrauen dem Mann, der zu den Waffen geeilt, zu ersetzen versucht; in der Werkstatt wie in der Landwirtschaft, überall habe die Frau geschäftig, in unerschöpflichen Fällen in Abend- und Nachtstunden notwendig den Haushalt noch mitzuführen. Leber Nacht ist dann, so führte Redner weiter aus, der Frau das Wahlrecht in den Kopf gefallen; die Frau ist mit einem Male berufen, an dem Wohl und Wehe des Vaterlandes, des eigenen Herdes und christlichen Lebens tatkräftig mitzumachen. Diese hohe Aufgabe der Frau richtig auszunutzen, sei Aufgabe des jetzigen Zusammenstufes der Frauen. Zum Schluß gebt Redner noch auf die großen Gefahren, welche gerade der christlichen Mutter durch den uns angemessenen neuen Kulturkampf, die konfessionelle Schule entstehen etc. Am Wahltage, so schloß Redner sein eingehendes Wort, haben die Frauen hierüber die richtige Antwort zu geben. Hielthaltiger Beifall lohnte den herrlichen Vortrag.

Nach einer kurzen Pause wurde dem Generalsekretär Dohler aus Bremen das Wort erteilt. Redner gab den Versammelten eine eingehende Erläuterung über die Ursachen des Krieges und die Entstehung der jetzigen Revolution und kam im weiteren seines des öfteren mit hübschem Humor gewürzten Vortrages auf die brennende Frage der Adolph Hoffmann'schen Weltanschauung zu sprechen. Da die Frauen Deutschlands mit ca. 22 Millionen entgegen 19 Millionen der Männer diesmal das Wahlrecht bei der Wahl haben, so ermahnte Redner am Schluß die Frauen zur regen Betätigung auf allen Gebieten ein. Reicher Beifall wurde dem Vortrag gesendet.

In der sich anschließenden Diskussion wurde der allseitige Wunsch der Damen, recht oft diese belehrenden Aufklärungen zu erhalten, gestellt. Der Versammlungsleiter gab hierauf kurze Richtlinien für eine gute Aufklärung und nahm sodann die Vorschläge zur Wahl eines Damen-Wahlaustrusses entgegen. Gewählt wurden 28 Damen aus beiden Gattungen. Der neuwahlechte Ausbruch tritt zur gemeinschaftlichen Sitzung mit dem bereits bestehenden Männer-Wahlaustruss am Mittwoch, dem 18. d. Mts., im Geleichenhaus zusammen.

Einzug des Kölner Regiments 65 in Oestha.

* Oestha, 17. Dezember. Das Kölner aktive Feldregiment Nr. 65 ist gestern mittag um 1 Uhr von der Front kommend in unsere Stadt als seine vorläufige Garnison eingetroffen. Hierer gestiger Bericht, der von einem Durchmarsch von Truppen sprach, war nicht zutreffend. Da hier in den letzten Tagen ständig Truppen durchzogen, so war es uns nicht möglich, in den vorbeiziehenden Korpsen sofort das Regiment 65 zu erkennen. Irrendesolche Nachricht über die Zeit der Ankunft dieses Regiments war der Zeitung überhaupt nicht mitgeteilt worden. Was bedauern wir; denn gerade während die Bürger darauf aufmerksam gemacht haben. Wie wir hören, waren diese aber die einziehenden Truppen zum großen Teil auch in Unkenntnis. Der Einzug war aber doch nicht ganz übersehen worden. Die Stadt war schon seit mehreren Tagen in Erwartung der Truppen und deshalb mit Fahnen und Kränzen geschmückt. Am Münsterort wurden die Fünfundsechzigster von

infern Herrn Bürgermeister mit einer Ansprache und willkommen heißen. Das Regiment 65 sei durch die Verhältnisse gezwungen worden, die hiesige Garnisonstadt Köln mit dem städtischen Beschäftigten zu verlassen. Man werde es sich aber aneignen lassen, ihnen diesen Wunsch möglichst wenig empfinden zu lassen. Man möge der Bürgerchaft vertrauen, sei welcher der gute Wille vorhanden sei, soweit die kleinstmöglichen Verhältnisse es zuließen, die Wünsche der Soldaten zu erfüllen, denen wir zu Dank verpflichtet seien. Mit berechtigtem Stolz auf die unvergleichlichen Leistungen unseres Heeres wollten wir es dankbar anerkennen, daß es unsere Grenzen vor dem Feinde geschützt und uns alle vor Verhöhnung und Verwüstung bewahrt hätte. Demgegenüber gedächten wir unserer gefallenen Soldaten, die für ihr Vaterland ihr Bestes geopfert hätten. Deutschland dürfe und werde ihnen dies nie vergessen. Auf die jetzt von der Front zurückkehrenden Krieger, auch auf das Regiment 65, hätten wir weiterhin unsere Sorgfalt zuwenden. Wie sie über ihre Jahre den hiesigen Soldaten zurückgelassen hätten, so würden sie auch jetzt gewiß hoffen, daß Ruhe und Ordnung im deutschen Vaterlande erhalten bliebe und Deutschlands Verhältnisse der Gesundheit entgegengeführt würden. Diese Wünsche ließ der Herr Bürgermeister in ein Hoch auf Heer und Vaterland, besonders auf das Regiment 65, ausklingen.

Auf diese Ansprache antwortete der Regimentskommandeur. Er gab der Freude Ausdruck, daß das Kölner Regiment 65 hier einen guten Empfang finde und hoffe, daß es sich mit der Bürgerchaft Bekanntschaft zu verdienen werde. Es sei ein tapferes Regiment und habe während der vier schweren Kriegsjahre in jeder Minute voll und ganz seine Pflicht erfüllt. Er gedenke vor jedem Namen seinen Zug. Beim Durcheinander durch Köln habe der Oberbürgermeister das Regiment begrüßt, und es wegen seiner vorzüglichen Haltung belobt und den Wunsch ausgesprochen, daß es bald wieder in seine alte Garnison einziehen könne. Das Regiment kehre jetzt zwar nicht als Sieger aus dem Felde zurück, aber gerade dieses und erprobene Hauptes habe es durch das Vater-

land nach hier ziehen können, denn es sei nicht geschlagen worden. Göttertrauen und Zuversicht habe stets im Regiment geherrscht, so werde es gewiß auch in Zukunft bleiben. Sie freuten sich über den Empfang und läßen ihn als ein gutes Zeichen an für einträchtiges Zusammenleben mit den Wächtern Bürgern. Nach dieser Erwiderung setzte sich das Regiment mit der Regimentskapelle an der Spitze wieder in Bewegung. Voran ritt das Offizierskorps zu Pferde, dann folgte ein Teil der etwa 300 Mannschaften. Den Schluß bildete die lange Reihe der Bagagenwagen, Feldküchen, Maschinenabwehr und etwa 200 Pferde und der Bemannung. Der Zug bewegte sich durch die große Straße bis zum Bremerort und bog dann über den Klingenberg ab zum Seminar, wo er sich auflöste. Der größte Teil der Wagen wurde im Hofe des Gefangenlazaretts untergebracht, die Pferde in der Kongierhalle, der Turnhalle des Turnvereins und in anderen Ställen. Die Mannschaften wurden in die verschiedenen Schulen einquartiert, wo sich schon das Regimentsband befand, das mit dem Regiment 65 vereinigt werden wird. Möge es dem Regiment hier gut gefallen. Die Bürger werden sich gewiß Mühe geben, daß die tapferen Krieger die Zeit ihrer Veranmaltung aus Köln hier nicht allzu schwer empfinden.

Neueste Nachrichten.

Zum Abbruch der Beziehungen mit Polen.
TU Berlin, 17. Dez. (Drabst.) Die polnische Regierung in Warschau hat unsere Gesandtschaft zurückgeschickt. Gesandter Graf Repler und das Gesandtschaftspersonal, sowie 60 Deutsche aus Warschau, Männer, Frauen und Kinder, sind heute morgen 8 Uhr in Berlin eingetroffen. Die Gesandtschaft war in der ganzen Zeit einer derartigen schmachvollen Behandlung seitens eines Teiles der Warschauer Bevölkerung ausgesetzt, daß der Bericht darüber die Entrüstung der ganzen Welt hervorrufen muß.

Austritt des Kriegsministers Scheid.

WTB Berlin, 17. Dez. (Drabst.) Der Reichsbeauftragte Landberg teilte in der heutigen Sitzung der Reichstagskommission der deutschen WSK in der Debatte mit, daß der Kriegsminister Scheid seine Entlassung eingereicht habe.

Eine demokratische Fraktion in der Reichstagskommission der WSK.

WTB Berlin, 17. Dez. (Drabst.) Reichstagskommission der WSK. Der Vorliegende Leinert teilte bei der Eröffnung der Sitzung um 9,20 Uhr mit, daß sich in der Versammlung eine demokratische Fraktion gebildet habe. Die Aussprache über den Bericht des Volksrates und der Volksbeauftragten wird fortgesetzt.

Marshall Haig in Köln.

WTB Berlin, 17. Dez. (Drabst.) Marshall Haig ist in Köln eingetroffen.

Zur Absetzung der ASP. in Neukölln.

WTB Berlin, 17. Dez. (Drabst.) Zu den Vorkängen in Neukölln berichtet der „Vorwärts“, daß nach einer Aussprache, an der Vertreter der WSK, Neuköllner, Vertreter des Volksrates Berlin, der Minister des Innern Dr. Breitscheid, Bürgermeister Dr. Mann, sowie ein Vertreter des Infanterieregiments 64 und ein Delegierter der Neuköllner Sozialdemokratie teilnahmen, folgende Abmachungen getroffen wurden. Der WSK, Neukölln erklärt, daß Neukölln in kürzester Frist, noch vor Januar, 1919 vorgenommen werden. Der WSK, Neukölln, ist bereit, die in die Exekutive einflussreichen Verfügungen sofort zurückzunehmen. Im übrigen erkennt der WSK, die Maßnahmen die vom Volksrat dargelegt sind, an. Mit dem 17. Dez. werden 4 Sitze an den Volksratsschuss Neukölln und 10 Sitze im WSK, welche bisher von Ulbrunden und Deutzeren besetzt waren, an Vertreter des Inf.-Regt. 64 abgetreten. Die Vertreter des Inf.-Regt. 64 erklären: Die Truppen des Regiments werden sofort in ihre Unterkünfte zurückgezogen, ebenso der Soldatenrat.

Verkehr mit den linksrheinischen Gebieten gesperrt.

TU Köln, 17. Dez. (Drabst.) Wie das Postamt erklärt, wird vom 18. Dezember ab der ganze Verkehr des besetzten Gebietes mit den südlichen Kreisen gesperrt werden.

Godesberg von kanadischer Infanterie besetzt.

TU Bonn, 17. Dez. (Drabst.) In Godesberg sind 5000 Mann kanadischer Infanterie eingetroffen. Die bisher dort befindlichen schottischen Garde sind zur Besetzung der Brückenpforte abgerückt. Ueber das Verhalten der feindlichen Infanterie wird geflagt. Es werden z. B. Einreibungen ohne Gußstein vorgenommen.

Unstimmigkeiten zwischen England und Amerika.

TU Basel, 17. Dez. (Drabst.) Wie hier verlautet, ist das angebliche Unwohlsein Lloyd Georges, der den Präsidenten Wilson nicht empfangen hat, darauf zurückzuführen, daß zwischen England und Amerika hinsichtlich der Kriegsziele ernste Unstimmigkeiten bestehen.

Die bedrohte rheinische Industrie.

WTB Haag, 17. Dez. (Drabst.) Der Vorsitzende der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands, der an den Unterhandlungen der Wirtschaftskommission in Haag teilnahm, berichtet, daß die französischen Kreise Forderungen stellen, die für das Wirtschaftslieben in den rechtsrheinischen Industriegebieten verhängnisvoll werden müssen. Es muß versucht werden, die besetzten Gebiete, wie bisher, mit Material zu versorgen, ebenso muß es von dort aus für die rechtsrheinische Industrie erfolgen. Nur dann kann die Industrie weiter arbeiten und als Folge des Krieges die drohende Arbeitslosigkeit vermindert werden.

Botha in London eingetroffen.

WTB London, 17. Dez. (Drabst.) Reuter erfährt: General Botha ist in London eingetroffen. Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Botha, Druck und Verlag: Botha, Drucker und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger) und Botha.

Soldaten-Gericht.

Da die zur Zeit bestehenden Gesetze noch unzulänglich haben und eine Aenderung nur im Wege der Gesetzgebung möglich ist, müssen sich bei Aenderung auf der Grundlage der bestehenden Gesetze Einrichtungen geschaffen werden, um Sicherheiten für eine dem Rechtsempfinden der Soldaten entsprechende Rechtspflege zu bilden.

Zu diesem Zwecke verordnet der Soldatenrat Oldenburg folgende Aenderungen der Militärstrafgerichtsordnung.

1. Die Zuständigkeit des Soldatengerichts Oldenburg erstreckt sich auf die Aburteilung aller strafbaren Handlungen der der Militärstrafgerichtsbarkeit unterstellten Personen, die entweder zu Truppenanteilen gehören, die im Bezirk der Heilb. 37. Infanterie-Brigade in Garnison oder Quartier liegen, oder die sich in diesem Bereiche gegen die Strafgesetze vergangen haben, es sei denn, daß ihre Aburteilung vom Reichsausschuss des Soldatenrats Oldenburg einem anderen Gericht als zuständig überlassen wird.
2. Alle Angelegenheiten, die nach der Militärstrafgerichtsordnung dem Gerichtsstand zugehören, gehen auf den Soldatenrat Oldenburg eingeleitetes Reichsausschuss über.
3. Tatsachen der Truppenanteile und Angelegenheiten strafbarer Handlungen, die zu der Zuständigkeit des Gerichts des Soldatenrats gehören, sind von den Behörden oder den Privatpersonen an den Reichsausschuss des Soldatenrats zu richten.
4. Der Reichsausschuss beschließt, ob ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden soll.
5. Der Reichsausschuss beauftragt mit der Führung des Ermittlungsverfahrens einen Berufsjuristen oder in leichteren Fällen eine andere geeignete Person.
6. Der Führer des Ermittlungsverfahrens hat, wenn nicht etwas anderes dem Reichsausschuss beschloffen wird, die Anklage vor dem Soldatengericht zu vertreten.
7. Das erkennende Soldatengericht besteht aus 5 Soldaten, die nach einer Richtersliste der Reihe nach berufen werden. Die Richtersliste setzt sich aus den von den einzelnen Truppenanteilen der Garnison Oldenburg zu wählenden Soldaten zusammen. Die Wahl hat bei den Truppenformationen in geheimer und direkter Abstimmung zu erfolgen.

Verhandlungsführer ist ein Berufsjurist, der auch die Abstimmungen leitet, bei derselben aber nur beratende Stimme hat.

Wo nach der Militärstrafgerichtsordnung die Aburteilung eines Tides es gefordert wird, bleibt dies bestehen; doch können auf Verlangen des Schwurpflichtigen bei der Formulierung des Tides die Worte: „Bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ und „So wahr mir Gott helfe“ weggelassen.

Der Angeklagte kann sich jederzeit des Belandes eines Verteidigers bedienen; bei Aburteilung von Verbrechen ist ein Verteidiger von amtswegen zu stellen.

Die Beschuldigung der Zulassung als Verteidiger (Militärstrafgerichtsordnung § 341) wird aufgehoben.

Das Ermittlungsverfahren gegen Beschuldigte und Urteile des Soldatenrats Oldenburg finden nicht statt.

Soldatenrat Oldenburg.
Gerichts-Ausschuss.
Klose, Hopps, Kante.

Bekanntmachung.

Zur sofortigen Aufnahme der bringend notwendigen Arbeiten ist die Bewirtschaftung

aller im Lande vorhandenen Ziegelsteine unbedingt erforderlich. Ich sehe mich infolgedessen genötigt, die für die Heeres- und Marineverwaltung bestimmten gewöhnlichen Ziegelsteine, zu deren Herstellung von der Kriegsmaterialstelle Kohlen geliefert worden sind, hiernächst mit Beschlag zu legen. Alle Bestände an derartigen Ziegelsteinen sind spätestens bis zum 25. Dezember dieses Jahres schriftlich bei mir zu melden.

Zwischenhandlungen werden nach § 6 der Verordnung vom 7. November 1918 bestraft.

Der Demobilisationskommissar. gez. Dursthoff.

Schutzzeug für die Bevölkerung.

Am die bei den Bekleidungs-Instandsetzungsämtern vorhandenen Bestände an altem Schutzzeug und Trennleder möglichst sofort für die Schutzzeugherstellung und die Zubehörlieferung nutzbar zu machen, sind mit der Reichsstelle für Schutzzeugherstellung folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Die Instandsetzungsstellen sind von den Instandsetzungsämtern in bisheriger Umfang weiter zu versorgen. Das wiederzugeleitete selbstbrauchbare Schutzzeug geht grundsätzlich wie bisher an die Leutner zurück. Das garnisonbrauchbare Schutzzeug steht dagegen der Reichsstelle für Schutzzeugherstellung nach Abnahme durch die Bekleidungsämter zur Verfügung.
2. Alles Schutzzeug, dessen Instandsetzung in den Instandsetzungsbetrieben nicht in Frage kommt, sowie alles bei den Leutnern einbehaltene Trennleder gelangt wie folgt zur Abgabe:
 - a) Nach wiederherstellbarem Schutzzeug als Arbeiter-Schutzzeug an die Firma G. Lewin in Breslau.
 - b) Schutzzeug, das nur noch zur Verwertung der Trennleder ausgenutzt werden kann, an die Gewerkschaft der Fußlederherstellung, die wie bisher über den Bedarf für höchstenfalls 3 Monate vorhandene Trennleder geht an die Abnehmer-Regelung der Kriegswirtschafts-Ministerialstelle.
 - c) Das wie bisher für die Leutner instandgesetzte garnisonbrauchbare Schutzzeug geht an die Zivilbevölkerung über nach näherer Anweisung der Reichsstelle für Schutzzeugherstellung.
3. Das wie bisher für die Leutner instandgesetzte garnisonbrauchbare Schutzzeug geht an die Zivilbevölkerung über nach näherer Anweisung der Reichsstelle für Schutzzeugherstellung.

Beitrag W. 8, Kronenstr. 50/52.
Generalkommando 10. A. R.
Hilg. B. D.

Katholisches Oberjulkollegium.

Beitrag, den 14. Dezember 1918.
Mit dem Antritt zum 24. April 1919 werden folgende Hauptlehrstellen im hiesigen Bezirke zur Bewerbung ausgeschrieben:

1. Hauptlehrstellen, verbunden mit dem Organistenamt, in Leventritten, Söldorf, Steinfeld, Dyke, Kuten, Bistrup, Mollbergen, Langförden, Osterfeine.
2. Hauptlehrstellen in: Dümmerlohaußen, Wenstrup, Hüne, Botern, Osernde, Barnhorn, Holtrop, Bramum, Ambühren, Grönheim, Garen, Angelbeck, Hollen, Botelesch, Mühlen, Wahren, Sedelsberg.
3. Lehrstellen mit Hauptlehrergehalt in: Beitrag, Sojne, Bahum, Gloppeburg.

Bewerbungen sind bis zum 15. Februar 1919 hierher einzuliefern.

Für die Lehrer, die in Organistenamt gerufen sind und so verhindert sind, sich zu bewerben, können die nächsten Angehörigen die Bewerbung einreichen.

Bekanntmachung.

Nachdem von Schuhmachern aus dem Amtsbezirk Botha der Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk des Amtsbezirkles mit dem Sitze in Botha gestellt worden ist, fordert das Amt im Auftrage des Direktoriums in Oldenburg gemäß § 100 a der Gewerbeordnung die beteiligten Schuhmacher auf, ihre Aeußerungen für und gegen die Errichtung der beantragten Zwangsinnung binnen 14 Tagen schriftlich oder mündlich beim Amt abzugeben.

Abdel wird darauf hingewiesen, daß nur solche Aeußerungen gültig sind, welche erkennen lassen, ob der Errichtung der Zwangsinnung zustimmen oder nicht, und daß Aeußerungen, welche nach Ablauf der Frist eingehen, unberücksichtigt bleiben.

J. B.: Ostendorf.

Bekanntmachung.

Die Stabsinspektoren und Gemeindevorstände werden darauf hingewiesen, daß die Butterkarten für Selbstversorger beim Amt Botha abgeholt werden können.

Küdens.

Butterkartenausgabe.

Für Nichtselbstversorger morgen am Mittwoch, dem 18. d. Mts., morgens von 9-12 Uhr von A-3, nachmittags von 4-7 Uhr für die Buchstaben A-3, im Gefellenhause.

Beitrag. Stadtmagistrat.

Bekanntmachung.

Auf Veranlassung des Demobilisationsamtes in Berlin ist dem Demobilisationskommissar in Oldenburg ein Beamter der Deutschen Feld-Arbeitszentrale zugewiesen worden, der mit der Abfederung ausländischer Arbeiter in ihre Heimat beauftragt ist. Alle im hiesigen Staatsgebiet befindlichen Ausländer und Ausländerinnen, die die Absicht haben, in ihre Heimat zurückzukehren, sowie alle Arbeiter, die für ihre ausländischen Stillstände keine Beschäftigung mehr haben, wollen sich zwecks Regelung eines geordneten Abreisepasses von ausländischen Arbeitern an den Demobilisationskommissar in Oldenburg wenden.

Der Demobilisationskommissar.

gez. Dursthoff.

Bekanntmachung!

Am Freitag zu bemerken, wird unter Bezugnahme auf die Verordnung des Demobilisationskommissars vom 22. November 1918, betr. Arbeitsvermittlung durch Zwangsinnungen, daß sämtliche Einstellungen von Arbeitern durch Vermittlung der Arbeitsvermittlungstellen der Demobilisationsauskünfte zu erfolgen haben.

Einstellen von Personal und nachträgliche Mitteilungen hierüber an die Vermittlungsstellen ist verboten.

Dieses Ansehen seitens der Arbeitnehmer ist ebenfalls verboten.

Oldenburg, den 16. Dezember 1918.

Zur Auftrage des Demobilisationskommissars.

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung:
Sahnentamp.

Eine gute, noch milchgebende Kuh zu verkaufen oder gegen ein tragendes Kind zu vertauschen. Nachfragen bei Hof, Schumacher, Dinklaue.

Zu verkaufen eine junge, hochtragd. Kuh. Zeller Heinz, Pöfing, Südböhm. v. Lohne.

Umig bitten wir alle Kinderfreunde unserer lieben armen Kleinen St. Josefsheim, Botha i. Oldg. am Bremerort.

Für Kaninchen und sämtliche Geflügel zahlt die höchsten Preise.
Franz Suerdied.

Bin für die Firma Dreinböfer, Osnabrück, als Stimmer und Reparatuer von Pianos hier einige Tage tätig und erbitte Aufträge in der Geschäftsstelle dieses Blattes abzugeben.
Herm. Hülsmann.

Achtung! Holzschuhe
nach Maß liefert billigst.
G. B. Polop, Holzschuhmach., Nieren.

Quene
zugeschnitten. Gegen Erstattung der Antriebs abgehoben bei.
Max Coers, Bahum.

Rettenhund
(Deutscher Schäferhund) preiswert zu verkaufen.
E. Muhle, Bönredissen.

Achtung! Hafer
wird bis zum 1. Januar 1919 nicht mehr angenommen und von da an nur jeden Montag.
Joh. Blömer, Först bei Dinklage.

15 Stäm. Linden,
je ein km Inhalt. Bequeme Wohnort.
Fr. Meyer, Dyke bei Beitrag.

Rothkohl, Weißkohl, Grünkohl, Fiedrüben und Wurzeln
kauft jeden Posten
Franz Suerdied, Beitrag.

ig. Mädchen
f. Haus- u. leichte Gartenarbeit, welches auch etwas Liebe zu Kindern hat. Meldungen beim Landesarbeitsnachweis Geschäftsstelle Botha.
Buz- u. Wajsfrau gesucht. Nachfragen in der Expedition d. Bl.

ig. Mädchen
f. Haus- u. leichte Gartenarbeit, welches auch etwas Liebe zu Kindern hat. Meldungen beim Landesarbeitsnachweis Geschäftsstelle Botha.
Buz- u. Wajsfrau gesucht. Nachfragen in der Expedition d. Bl.

ig. Mädchen
f. Haus- u. leichte Gartenarbeit, welches auch etwas Liebe zu Kindern hat. Meldungen beim Landesarbeitsnachweis Geschäftsstelle Botha.
Buz- u. Wajsfrau gesucht. Nachfragen in der Expedition d. Bl.

ig. Mädchen
f. Haus- u. leichte Gartenarbeit, welches auch etwas Liebe zu Kindern hat. Meldungen beim Landesarbeitsnachweis Geschäftsstelle Botha.
Buz- u. Wajsfrau gesucht. Nachfragen in der Expedition d. Bl.

ig. Mädchen
f. Haus- u. leichte Gartenarbeit, welches auch etwas Liebe zu Kindern hat. Meldungen beim Landesarbeitsnachweis Geschäftsstelle Botha.
Buz- u. Wajsfrau gesucht. Nachfragen in der Expedition d. Bl.

ig. Mädchen
f. Haus- u. leichte Gartenarbeit, welches auch etwas Liebe zu Kindern hat. Meldungen beim Landesarbeitsnachweis Geschäftsstelle Botha.
Buz- u. Wajsfrau gesucht. Nachfragen in der Expedition d. Bl.

Meine Weihnachts-Ausstellung

bietet noch eine große Auswahl in Spielsachen aller Art, sowie Christbaum-schmück und Kerzen, ferner in Geschenkartikeln, feine Lederwaren, Schreib- und Rauchaccessoires, Schirme, Etoude u. Weisen, reinem Tabak, Zigarren und Zigaretten, Saarschmiedemaschinen, Rasierzeug und Taschenmesser, Taschenlampen, Musikinstrumente, Büchsen und Kammowaren, Beisen u. Korbmwaren, Haarschmuck, Fußstapfen und Söps, Parfüm und ausl. Feinseifen, Papierwäsche, Blumen und Vasen, Bilder und hl. Figuren, Gelänge u. Gebetsbücher, Bilder u. Märchenbücher, Schulbücher u. sämtliche Schulartikel.

Zum Besuch ladet freundlichst ein
Steinfeld. Josef Wienholt jr.

Gestern rückte Schwarz-weiß-rot, unter den schneidigen Klängen der Regimentskapelle, das Inf.-Regt. 85 hier ein. In 4 1/2 Jahren hartem Dingen haben sie unser liebes deutsches Vaterland gegen eine Übermacht von Feinden geschützt. Wir wünschen den Braven ein herzlich willkommen! Mögen sie sich bei uns wohl fühlen.

Habe die Praxis des Herrn Dr. Vetten übernommen.

Spezialist für Pferdekrankeheiten.
Tierarzt Wip,
Barnstorf, Bahnhofshofel.
Fernsprecher Nr. 6.

12. Brenh. Südd. Klassenlotterie

Ziehung 1. Klasse 7. und 8. Januar 1919.
Lose
1/16 1/8 1/4 1/2 3/4
Mk. 5 10 20 40 für jede Klasse
25 50 100 200 für alle Klassen
hat abgegeben, auch unter Nachnahme.

Oldenburg i. Gr. N. Herzberg,
Achtenstraße 62. Pr. Lotterei-Einnehmer.
Kauf und Lose zu haben bei den Herren **Heinrich Krapp, Buchbinder, Dinklage, Jof. Hasstamp, Steinfeld.**

Holz-Verkauf

in Ellenstedt bei Goldenstedt.
Am Samstag, dem 21. Dezbr. 1918,
nachmittags 12 1/2 Uhr beginnend,
läßt Witwe Jeller S. Meyer zu Ellenstedt in dem
Holzbestande bei der Willoh

70 Nummern Nichten, geeignet zu Balken, Laten, Stangenholz,
70 Stück Birken auf dem Stamm u.
100 Nummern Brennholz (Abfallholz)
öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen.
Versammlung beim Hause des Neubauers Herrn
Bramlage. Käufer ladet ein
Vehta. B. Mente.

Pferde-Verkauf.

Am Mittwoch, dem 18. Dez., und Donnerstag,
dem 19. Dezember, vormittags 9 Uhr, kommen
auf dem Pferdemarktplatz in Oldenburg
je ca. 150 Pferde

leichteren und schwereren Schlages aus den Beständen hiesiger Truppenteile öffentlich meistbietend zum Verkauf. Zum Kauf werden nur solche Interessenten zugelassen, welche durch einen Ausweis, vom Gemeinde- bzw. Amtsvorstand ausgestellt, nachweisen können, daß die Pferde nur für eigenen Betrieb erstanden werden sollen. Inhaber von vorbezeichneten Ausweisen, sowie roien und welfen Pferdelarten haben beim Kauf Händlern gegenüber den Vorzug. Halfter und Stride sind vom Käufer mitzubringen.

Der Verkauf von Zuschlüssen wird nach wie vor durch die hiesige Landwirtschaftskammer geregelt und sind diesbezügliche Kaufaufträge nach dort zu richten.

J. U. des Garnisonkommandos:
Die Pferdeverkaufskommission.
Brauer. Ehle.

Zur Behebung von Zweifeln wird folgende Anordnung erlassen:

Für die Milch von neumilchenden Kühen (Beestmilch) besteht an sich der Ablieferungsanspruch nach § 2 der allgemeinen Anordnung der Landesstelle vom 22. Dezember 1916. Die Milch ist an die Molkerei abzuliefern, sobald sie sich trocken läßt und zur Herstellung von Butter geeignet ist. Sie darf nur solange zurückgehalten werden, als sie blutig und fäulend und für den menschlichen Genuß unbrauchbar ist.

Zwischenhandlungen unterliegen der Entscheidung des § 33 der Anordnung vom 22. Dezember 1916.

Oldenburg, den 12. Dezember 1918.
Landesstelle. Willms.

Wünschen Sie ein passendes Weihnachts-geschenk?

Stets willkommen ist ein gutes Buch.

Eine reichhaltige Auswahl finden Sie jederzeit in der

Buchhandlung Koch,
Vehta.

Im kleinsten Raum pflanze einen Baum, und pflege sein . . . er bringt dir ein.

Musverkauf.

Am Donnerstag, Freitag u. Samstag dieser Woche läßt der Unterzeichnete große Posten **Baumschul-Artikel** wie folgt verkaufen:

2000 Kefelbäume in verschiedenen Sorten, 500 Nussbäume, 400 Birnen, 400 Apfelbäume, 400 Kirschenbäume, 400 Alleebäume: Linden, Kastanien u. s. w., 200 Kirschenbäume, 200 Apfelbäume, ferner Nussbäume, Korinthen und Haselnüsse, großfrüchtige Stachelbeeren und rote Johannisbeeren, Eimbeeren, Brombeeren und Erdbeeren, Ziersträucher in 40 verschiedenen Sorten, Alpenrosen, Kirschlorbeer, Schneeball, Clematis, Magnolia, Hortensia, Deutzia, Cornus, Verberis u. s. w., Lebensbäume in 20 verschiedenen Sorten, Bedenpflanzen: als Weibdorn, Agulster und Buchen. Baumwäcker, Napfenleim, Napfenfanggürtel, Kohlenleer u. Obstbaumkarbolinum. Gebe auch auf längere Zahlungsfrist ab.

Kaufliebhaber ladet freundlichst ein
Steinfeld. Joseph Hasstamp,
Obstbaumwäcker.

Kaufen Sie jetzt

für Ihren Krieger
Anzüge, Paletots, Hosen, Stoffe.

Nur allerbeste Qualitäten.

M. Schulmann,

Achternstr. 38, Oldenburg, Achternstr. 38.

Pitaspine und Carolinapine

in Bohlen und Brettern.
Nordische Tischlerware
in Tannen und Kiefer.
Hobel- und Stabbretter
Schalddielen u. s. w.

hat noch billigst abgeben.
S. gr. Veilage, Falkenrott.

Weihnachts-Geschenke

bringe in empfehlende Erinnerung
Regenschirme, Damenhandtaschen,
Portemonnaies, Briefschlösser,
Necessaires, Odeurs, Kosmofasser,
Wroschen, Colliers, Halsketten,
Haarschmuck, Zigarretten-Etuis,
Zigarrettenspitzen, Briefpapier u. s. w.
Vehta. Jul. Maass.

Arbeitgeber!

Die Zahl der Arbeitslosen wächst täglich! Schafft Arbeit für die heimkehrenden Krieger! Meldeet alle offenen Stellen den Arbeitsnachweiser! Formulare für die Meldungen sind bei den Gemeindevorständen und Bezirksvorstehern zu haben.

Bitte an das Christkind!

Wer gibt zwei gute, kathol. Jungens, die im Felde getötet haben und in deren Heimat fest der Feind ist, Gelgenheit, das hochheilige Weihnachtsfest würdig zu feiern und sich evtl. einige Tage zu erholen, gegen gute Vergütung. Wer es auf dem Grunde kann und ein Herz hat, der möge bitte möglichst sofort Offerte unter Nummer 28 89 an die Geschäftsstelle d. B. einsenden.

Neu eröffnet!

Bremer Zigarren
aus der
Zigarrenfabrik Karl Wilhelmi
Bremen

Verkaufsstelle Vehta,

Grosse-Strasse Nr. 40.

Um den vielen armen Waisenkindern im Antonius-Waisenhaus in Damme eine Weihnachtsfreude bereiten zu können, bittet Christkind um eine kleine Gabe (am nötigsten Lebensmittel).

Herzliches: „Vergelt's Gott!“

Ein sehr begehrtes Weihnachtsgeschenk für den heimkehrenden Krieger ist eine gute **Pfeife oder Spazierstock.**
Vehta. Jul. Maass.

Arbeit für Tischlereien.

Habe einige Speisezimmer in Eiche zur Lieferung per 1. April 1919 abzugeben (auch einzeln). Werkstätten, die zur Uebernahme bereit sind, wollen gefl. sofort die Zeichnung einreichen. Angebote mit Bezeichnung „Speisezimmer“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Kaufe stets

Kaninchen, Wild, Geflügel.

Zahle bis Weihnachten erhöhte Preise. Dasselbst sind einige neue Zoppfen zu verkaufen.
Jof. Uringhaus, Dinklage (Markt).

Alle diejenigen, welche noch Forderungen an den verstorbenen Tischlermeister August Bergmann zu Steinfeld haben, werden aufgefordert, Rechnung gegen den 1. Jan. 1919 an den Unterzeichneten einzureichen und diejenigen, welche demselben noch schulden, wollen gegen oben angegebenen Zeit Zahlung leisten.
Sarpendorf 6, Steinfeld.
Jof. Barnhorst,
Bormund.

Zu verkaufen:

- 2 Landauer,
 - 1 Leichenwagen,
 - 1 Coupee,
 - 1 Personenwagen,
 - 1 Federwagen,
 - 8-10 Zim. Tragkraft,
 - 1 leicht. Federwagen.
- Näheres bei

D. Müller,
Belmenhofst,
Neuer Markt, Tel. 316.

Schuhmacher-

Maschine
zu kaufen gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Bl.

40 000 Mk.

als 1. Landhypothek gesucht. Angebote unt. Nr. 600 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Tägl. 10 Mk. zu verdienen. 9 ab. 3 bis 10 im Prop. Jof. S. Schult. Adressenverlag, Köln 957.

Für den Gabentisch

empfehle ich
Briefpapier in Kassetten
mit Monogramm.

Reichhaltiges Lager in jeder Preislage.

Buchhandlung Koch,
Vehta.

Empfehle zur Hausflächung prima trockene und gefaltene

Kranzdärme, gerade Mittel-
därme und Papierdärme

in allen Weiten.
Vehta. Josef Bühr.

Todes-Anzeige.



Gestern, morgen 4 Uhr starb, erst eben aus dem Felde zurückgekehrt, nach kurzer, heftiger Krankheit, mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der
Sodale

Aug. Harms-Zerhusen

im 24. Lebensjahre, versehen mit den heil. Sterbesakramenten. Sein Bruder Joseph erlitt den Heidentod am 4. April 1918.

Dieses allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht mit der Bitte um ein Gebet für den lieben Verstorbenen.

Zerhusen bei Lohne, engl. Gefangenschaft, Marschenhof und Bestrup, den 16. Dezember 1918.

Die trauernden Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 19. Dezember, morgens 10 Uhr in Lohne, vom Krankenhaus aus.

Todes-Anzeige.



Heute morgen verschied plötzlich und unerwartet im 77. Lebensjahre, nach langer, geduldig ertragener Krankheit, wohl vorbereitet durch einen acht christlichen Lebenswandel, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der

Kaufmann

Victor Lewe in Lönningen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Elisabeth Lewe geb. Diekmann,
Elisabeth Berges geb. Lewe,
Fabrikbesitzer Wilhelm Berges,
Nachkammalt Bern. Lewe und Frau geb. Thölke,
Kaufmann Jof. Lewe u. Frau geb. Ulrich,
Reg.-Baumeister Gerh. Lewe und Frau geb. Reinart,
Diplom-Ingenieur Dr. Ing. Victor Lewe,
Oberarzt Dr. Aloys Lewe,
Maria Stübbe geb. Lewe,
Reg.-Baumeister A. Stübbe
und 14 Enkelkinder.

Lönningen, Oldenburg, Bremen, Warnemünde, Gelsenkirchen, Köln, den 14. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 19. Dezbr., vormittags 9 1/2 Uhr in Lönningen.

Mittwoch, 18. Dezember 1918.

Odenburgischer Landtag.

Der Finanzausschuß gibt den Bericht über die Vorlage betr. Veränderung der Befehls- und Aufwandsordnung der Gendarmerie Odenburg-Lübbeck und stimmt der Veränderung der Vorlage zu...

Die Kriegsernährungsbeihilfen für die auf Wartegel gestellten und in den Aufwandsverzeichnissen der Gendarmerie aufgeführten Bediensteten sind mit der in Anlage 26 geforderten Erhöhung der Beihilfe für Einkommen bis 2000 Mk. von 400 auf 540 Mk. festgesetzt...

Zur Unterstufung der Hebammen sollte die Vorlage 4 die bisherigen Summen von 800 und 400 Mk. auf 400 und 600 Mk. erhöhen. Der Ausschuß ver doppelt jedoch die bisherigen Summen, die dann 600 und 800 Mk. betragen.

Der Finanzausschuß bewilligt zu Anlage 18 (Landeskulturfonds 1917) 6881 Mk. nach. Aus dem Bericht geht hervor, daß eine 1531 Hektar große Fläche im Weidmoores für rund 700 000 Mk. an die Stadt Dormund verkauft worden ist...

Anlage 29. Voranschlag des Landeskulturfonds 1919. Anlage 35. Jahresbericht der Staatlichen Kulturanstalt 1917.

Anlage 38. Bittet den Landtag um Zustimmung zu einem Abkommen mit der Brecker Heringsfischer-V. G. in Eisleben. Nach dem Abkommen wird der Gesellschaft das Eigentum an dem staatlichen Pier mit den vorhandenen 4 Landbrücken, den Dalben und dem Krane gegen Zahlung von 10 000 Mk. übertragen werden...

Zur besseren Entwässerung des Spreeger Moores werden mit Anlage 37 22 500 Mk. aus dem Weidmoores als Zuschuß zu den Kosten der Anlegung eines neuen Seils gefordert.

Die Gewährung von Baukostenzuschüssen für Wohnungen

Die Bestimmungen des Bundesrats für den Freistaat Odenburg wie folgt geregelt werden: Es besteht die Gefahr, daß an vielen Orten unmittelbar nach dem Kriege unbedingte notwendige verstärkte Wohnungsbau unterbleibt, weil er zu den durch den Krieg auf eine unvorstellbar hohe hinausgeschraubten Preisen ausgeführt werden muß...

Die Reichsregierung hat sich deshalb bereit erklärt, einen namhaften Betrag beizustellen, aus dem grundsätzlich die Kostenübernahme der neu herzustellenden Neubauten und Befehlshäuser zur Befriedigung eines dringenden Bedürfnisses an Klein- und Mittelwohnungen für die städtische und ländliche Bevölkerung zu 75 Proz. gedeckt werden soll...

früglich in den Voranschlag für 1918 eingestellt werden soll. Ob diese Beträge richtig veranschlagt sind, steht dahin. Inwiefern kann man damit rechnen, daß der Aufwand im Freistaat den Bedarf im ganzen Reich verhältnismäßig, d. h. nach der Kopfzahl der Bewohner gemessen, nicht übersteigen wird...

Diese sind so hoch und können möglicherweise die Voranschläge der nächsten Jahre in solchem Umfang belasten, daß es nicht möglich ist, sie aus laufenden Mitteln zu bestreiten. Auch sachlich richtig ist, daß von ihrer Verzinsung und schließlich raschen Wiederabtragung erforderlichen Kostenanwands auf einen längeren Zeitraum zu verlegen, da es sich um eine Beteiligung an der Herstellung dauernden Wohnraumes handelt...

Aus dem odenburgischen Mülkerlande.

Beicht, 18. Dez.

Die Wahl zur Nationalversammlung. Sehr beherzigenswert ist die Resolution des Wilhelmsbader-Küffinger-Zentrumswahlvereins, die mahnt, daß die Vorbereitungs- und Werbearbeit des Zentrums überall sofort mit allem Nachdruck einsetzen müsse, weil nur eine starke Zusammenfassung aller Kräfte und eine zielbewusste, einheitliche Organisation innerhalb des ganzen Wahlkreises Odenburg-Osmabrück...

gen einer derartig planmäßigen Tätigkeit werden sich am Wahltag zeigen.

Die Kriegsernährungsbeihilfen für die auf Wartegel gestellten und in den Aufwandsverzeichnissen der Gendarmerie aufgeführten Bediensteten sind mit der in Anlage 26 geforderten Erhöhung der Beihilfe für Einkommen bis 2000 Mk. von 400 auf 540 Mk. festgesetzt...

Die Kriegsernährungsbeihilfen für die auf Wartegel gestellten und in den Aufwandsverzeichnissen der Gendarmerie aufgeführten Bediensteten sind mit der in Anlage 26 geforderten Erhöhung der Beihilfe für Einkommen bis 2000 Mk. von 400 auf 540 Mk. festgesetzt...

Mehrere Zentrumsveranstaltungen fanden am Sonntag statt. Viele Gemeinden feierten noch. Jetzt bei dem milden Wetter und den mondablen Abenden, da ist es die rechte Zeit, Versammlungen anzustellen. Das Volk wünscht es. Man will Aufklärung haben, man will unterrichtet sein...

1. Rangforden, 15. Dez. Die Steuerrolle unserer Gemeinde liegt bis zum 27. d. Mts. beim Gemeindefürsorgeamt Euckenburg aus.

Effen, 15. Dez. In der Nacht zum 2. d. M. sind der Ehefrau Verharmde Hallermann in Brooktrick mit dem Einbruch 60 Pf. in Bauer-Winkel und in derselben Nacht dem Gemeindefürsorgeamt Effen 20 Pf. in Wälschen in weißer Bettwäsche, zwei weiß-rot-blau karierte Kleinfächer und ein großes Seinenbüschel gestohlen worden...

Effen i. O., 16. Dez. Am Sonntag fand eine gut besuchte Zentrumsversammlung der Gemeinde Effen statt, welche zu der Neuordnung der Dinge und besonders auch zu

Schülerrat im Haase-Gymnasium.

Ein Zukunftsblid.

Personen: Meyer, Oberprimar, Vorsitzend, des Schülerrats Leidschuf, Sekundar, Wärmchen, Quintaner, Der Direktor, Professor Koderich, Dr. Luze, Schulamtslandidat, Der Rebel, Lehrer und Schüler.

Ort der Handlung: Die Aula des Haase-Gymnasiums.

Zeit: Nach Einführung der Selbstverwaltung. Meyer (auf dem Redner, zum Rebel, der an der List steht): Lassen Sie die Genossen und das Lehrerkollegium hereinkommen; (zu seinen Kollegen im Rat): Mit Nachdruck, Genossen, mit Nachdruck, anders geht es nicht, Lehrer und Schüler treten ein, Diese setzen sich, jene stellen sich am Redner auf.)

Meyer (erhebt sich): Ich heiße die Anwesenden zu unserer regelmäßigen Betriebsversammlung willkommen und gehe gleich in medias res.

Meyer (höflich, aber ernst): Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen. Es sind eine Anzahl Klagenfälle zu erledigen, und ich bedauere, daß ich selbst als Kläger auftreten muß. (Bewegung.) Der letzte lateinische Auftrag ist mir von Professor Koderich mit einer „5“ gezeichnet worden.

Koderich: Es waren 18 Fehler darin. Meyer: Ganz egal. Darunter leidet meine Autorität als Vorsitzender des Schülerrats, und überdies ist doch das Jenurwesen abgeklärt. Ich bedauere, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Sie nicht geeignet erscheinen, den Lateinunterricht in Prima weiterzuführen. Unser Schülerrat hat sich entschlossen, Sie mit dem Kandidaten Dr. Luze, der ihn in Sexta erteilt, tauschen zu lassen. Kommen Sie mal her, Luze. (Luze tritt vor.) Wo haben Sie gehört.

Luze (höflich): Ja, aber ich habe keine Fakultas. Meyer (gütig): Das macht nichts. Wir erteilen Sie Ihnen, für uns langt es — Ich danke Ihnen, das wäre erwidert. (Wärmchen.) Wer hat weiter etwas vorzutragen (blättert in Papieren): Ah, Sekundar Leidschuf!

Leidschuf: Oberlehrer Koderich hat mir einen verhängnisvollen Tadel erteilt. (Rufe: „Ungehört, wir sind doch nicht in der Schule!“)

Meyer: Nun, Herr Rüdert? Rüdert: Ich habe Leidschuf dabei ertappt, wie er während des Wahmehmtunterrichts einen Liebesbrief an eine junge Dame schrieb.

Meyer (schneidend): Das Sie ja wenig war, kam unmöglich fraserhörend werten (Beifall). Warum also einen verhängnisvollen Tadel? (Zuruf: Sehr richtig!)

Rüdert: Der Brief war von einer Freiheit der Form, die...

Leidschuf (einfallend): Ich muß dringend bitten! Die betreffende Dame ist schon langjährig Mitglied des Schülerrats in der Rosa Luxemburg-Schule und sitzt im Vorstande des Klubs „Reformere“. Übrigens, der Tadel ist mir natürlich schmerzhaft, aber Rüdert hat die Stirn gehabt, meinem Vater davon Mitteilung zu machen, der ein empfindlicher politischer Gegner von mir und überhaupt ein Stoßreaktionär ist. (Sturm in der Versammlung.)

Meyer (streng): Na, Sie haben sich ja was Schönes eingebrot, Rüdert. Der Schülerrat wird sich damit noch in der Sonderprüfung befassen müssen. — Wer hat noch etwas vorzutragen?

Wärmchen: Mich hat der Herr Dr. Luze „Heuchelei“ genannt.

Meyer (belehrend): Das Herr kamst du dir schenken. (Zu Luze): Warum haben Sie den jungen Genossen beleidigt?

Luze: Er hat „mit“ mit dem Indikativ konstruiert.

Luze: Das ist ein schwerer Verstoß gegen die Regel der Grammatik.

Meyer: Na, wenn schon.

Meyer (entsetzt): Wenn ich bloß schon Regel höre. Wir lassen uns auch von der Grammatik keine Vorschriften machen. Kennen Sie überhaupt nicht die Verfügung des Kultusministers? (Wies): „Wie bei den jungen Leute mit die grammatischen Regeln machen, der kann un soll die Schulmeister ganz piepe sein.“ Sie haben den Verstoß begangen, Dr. Luze, Sie scheitern doch für die Oberprima auch nicht Zeit zu sein! Wir ziehen unsere Ernennung von worhin zurück. Der Lateinunterricht fällt unterdessen aus. — Er nun gehen die Genossen in ihre Versammlungslotus zurück und stimmen dort ab, ob und worüber in der nächsten Woche Extemporale geschrieben werden soll. Das Kollegium geht aus! Sie, Herr Direktor, unterzeichnen hiermit auch die Liquidation für unsere Aufwandsentschuldigungen. (Direktor tut es.) Na, adieu, mein Lieber. (Direktor ab.) (Zu seinen Kollegen): Einer von

auch holt jetzt das Geld, und wir fingen inzwischen: Und wenn sich der Schwarm verkaufen hat...

Dr. Max Polaczek, Berlin.

Was schenke ich zu Weihnachten?

Jetzt Tage vor Weihnachten. In einen Buchhändlerladen tritt eine mit allerhand Päckchen beladene Dame, der ein Dienstmädchen auf dem Fuße folgt, das ebenfalls eine Menge kleinerer und größerer Pakete trägt. „Womit kann ich dienen, gnädige Frau?“

„Ich möchte noch das eine oder andere Buch für den Weihnachtsfest. Es hält dieses Jahr so furchtbar schwer, passende Weihnachtsgeschenke zu finden; teuer und schlecht ist das meiste. Ich denke, da könnte man wohl einige Bücher nehmen; die sind nicht so teuer und machen doch in buntem Einband immerhin etwas aus dem Gassenfluch.“

„Schön, was darf es denn sein?“ „Ja, das weiß ich selbst nicht recht. Für meine Kleinkindchen wohl ein Bilderbuch, möglichst bunt.“

„Bitte, wollen Sie einmal diese Sammlung hier ansehen.“

„Ach, davon verstehe ich zu wenig; ich habe auch keine Zeit, lange anzusehen. Wollen Sie mir ein Bilderbuch nach ihrer Wahl mitgeben, nicht zu teuer; die Kinder verstehen ja nichts von Kunst, und dann zerreißen sie auch bald die Bücher. Dafür lohnt sich ja keine größere Ausgabe.“

„Für meinen zwölfjährigen Jungen hätte ich gerne eine Fabel- oder Indionergeschichte. So etwas lesen die Jungen ja wohl am liebsten, nicht wahr?“

Auch da fand sich bald ein schreiend buntes Buch mit vielen Bildern, die dem Titelblatt der bekanntesten Schundschriften alle Ehre gemacht hätten. Willig war es ja gerade nicht; nun in Costes Namen. Was soll man aber so einem zwölfjährigen Jungen sonst schenken? Daß der Kleine für sein Leben gern Naturgeschichtliches las und für Indionergeschichten und dergleichen nur einen verächtlichen Blick hatte, wußte leider die gnädige Frau Mutter nicht.

„Jetzt sollte ich noch etwas für die junge Nichte der gnädigen Frau.“ „Geben Sie, meine Nichte ist siebzehn Jahre alt und hat schon unglücklich viel gelesen, meistens wohl Romane. Da wird es schwer sein, für sie etwas passendes Neues zu finden. Ich dachte schon mal an den Roman, den ich mir vorige Woche bei Ihnen kaufte. Er ist allerdings wohl mehr für Erwachsene ge-”

ben, wunderbar schön, gerade in den Schilderungen einer modernen Frauenwelt. Vieles davon verfaßt ja eine Siebzehnjährige nicht; aber deswegen gerade, meine ich, wird er ihr auch nicht schaden. Haben Sie also den Roman noch vorräthig?“

„Gnädige Frau. Gerade dieser Roman wird sehr viel von jungen Damen verlangt.“

„Oh, dann legen Sie ihn nur bei; meine Nichte wird sich recht freuen.“

„Arme Mutter, ärmere Kinder! Und so geht's vielen, vielen bei dem Weihnachtseinkauf vor Büchern. Wenn nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen. Golt sei Dank aber sind welche Kreise für einen guten Rat noch empfänglich.“

Er wird ihnen in mühseliger Weise geboten durch den von Hermann Käker herausgegebenen Literarischen Ratgeber „Religion und Leben“ (3. Aufl. erschien in diesem Jahre bei der Paulusdruckerei in Berlin). An der Hand dieses Ratgebers wird jeder das Passende für die seinen und für Erwachsene finden. Das Besondere und Wichtigste an katholischen Schriften ist dort angeführt, soweit es für weitere Kreise der Gebildeten in Betracht kommt. Der Ratgeber beschränkt sich nicht auf eine trockene Aufzählung von Büchern. Er bietet auch eine literarische Würdigung und Lebensdarstellung einer Reihe unserer ersten katholischen Schriftsteller: Peter Dörfler, Enrica von Handel-Mazzetti, Marie Herbert, Karl Linzen, Franz Trautmann, Augustin Wibbelt, Patrick Augustin Scheeben, Franz Eicher, Albert Kuhn, Ludwig von Pastor, Ambros Schupp. Sodann wird, nach dem Lebensalter abgemessen, eine reiche Literatur für unsere gebildete Jugend geboten, und zwar für die reifere Jugend von 14—17 Jahren, für das Alter von 12—14, 10—12 und 8—10 Jahren.

Wer für den Weidereichkauf zu Weihnachten auf beraten sein will, schaffe ich diesen unverlässigen Ratgeber an, der auf 84 Seiten die besten unter den heutigen Verhältnissen geringen Preisen von 60 Pf. eine wirklich reiche Auswahl bietet, mit der höheren Gemüth, beim Einkauf nach diesem Ratgeber ein gutes und wertvolles Buch zu erhalten.

Für katholische Vereine und Vereinsleiter empfiehlt sich der Bezug des Ratgebers in größeren Mengen. Sie treten damit in den Genuß einer beträchtlichen Preisermäßigung; der Ratgeber kostet beim Bezug von 10 Stück ab 50 Pf., von 20 ab 40 und von 30 Stück ab gar nur 30 Pf. Alois Felsch S. J.

